

„Ein Überschuss kann im ersten Jahr des neuen kommunalen Rechnungswesens nicht erwirtschaftet werden, weil vor allem Zinsen in Höhe von 740.000 € den Haushalt der Stadt Dinklage belasten“, so die SPD in einer Pressemitteilung. Dazu gehörten auch die erhöhten Zinsaufwendungen für die BGE-Kredite, welche im letzten Jahr zu ungünstigen Konditionen durch die vom Bürgermeister Moormann in Gang gesetzte vorzeitige Abwicklung aufgenommen werden mussten. Seit 2001 hätten sich die Schulden auf jetzt 17 Millionen € verdoppelt. Die geplante Kreditaufnahme in Höhe von 2,6 Millionen € in diesem Jahr diene allein der Vorfinanzierung des 2. Bauabschnittes der Umgehungsstraße. Die SPD fordert, dass mit Fertigstellung der Umgehungsstraße keine neuen Kredite mehr aufgenommen werden, so dass wenigstens ein Schuldenabbau in Höhe der regulären Tilgungsleistungen erfolge. Die Stadt Dinklage wäre dann rein rechnerisch in 35 Jahren schuldenfrei. Der Verkauf der Wohnbau- und Gewerbegrundstücke müsse vorangetrieben werden. So habe das von der CDU initiierte Verkaufsförderkonzept für das Mühlenbachtal wie erwartet seine Wirkung verfehlt. Die SPD-Fraktion hatte vorgeschlagen, zu den Einstandskosten zu verkaufen. Ein weiterer Hemmschuh sei die immer noch fehlende vollständige Erschließung und Baureife. Die Veräußerung von Gewerbegrundstücke müsse durch aktive Wirtschaftsförderung begleitet werden, wie im Frühjahr 2007 im Fachausschuss von den Fraktionen beschlossen. Dieses kommunale Wirtschaftsförderkonzept wäre aber bis heute noch nicht vorgestellt worden. Es fehle, so die SPD Fraktion, wie so häufig an vorausschauender Planung und notwendiger Impulse aus der Verwaltungsspitze des Rathauses, aber auch aus der Mehrheitsfraktion.

Einsparpotentiale gäbe es im Bereich der Unterhaltungs- und Bewirtschaftungskosten durch Schaffung eines zentralen Gebäudemanagement. Hierzu wäre aber eine Umgestaltung der Organisationsstruktur notwendig.